

Haushalt so nicht beschlussfähig

Gründlichkeit vor Schnelligkeit: „Zwei Monate gewinnen hieße, lange Zeit verlieren“

von Kathrin Sohr

Helmstedt. Dass die Verwaltung ihren eigenen Haushaltsplan schon vor der geplanten Abstimmung ausbremst, ist auch auf Kommunalebene nicht alltäglich. Aber hier müsse er als „Herr des Verfahrens“ auf seinem letzten Wort bestehen, erklärte Helmstedts Landrat Gerhard Radeck Ausschuss für Finanzen und Konsolidierung (AFK) des Landkreises bei dessen Sitzung am Dienstag.

Der Haushaltsentwurf sei aufgrund schwieriger Rahmenbedingungen und unklarer Posten in Bezug auf den Finanzausgleich zwischen Bund, Land und Kommune so noch nicht beschlussfähig, speziell fehle die Zustimmung der kreisangehörigen Gemeinden.

Wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck der erst kürzlich vor dem Verwaltungsgericht vom Landkreis Helmstedt gewonnenen Klage, die die Samtgemeinde Grasleben und ihre Mitgliedergemeinden gegen die Festsetzung der Kreisumlage im Haushalt 2018 angestrengt hatten, zog die Verwaltung nun schon

vor der für den 20. Dezember geplanten Abstimmung die Notbremse: Da wolle man kein Öl ins Feuer gießen.

Mit dem Beschluss des jetzt vorliegenden Haushaltsplans, den Kreisrat Torsten Wendt auf Nachfrage als „nicht belastbares Zahlenwerk“ bezeichnete, könne der Landkreis sonst zwar kurzfristig Zeit gewinnen, würde sie im Falle einer Klage aber erst recht verlieren. Allein die für 2024 geplante Aussetzung der Bedarfszulage könnte sich bei der Anhörung der Gemeinden als Problem erweisen, besonders, sofern die einzelnen Kommunen dieses noch nicht beschlossene Geld bereits verplant hätten.

Wendt gab zu bedenken, dass die freiwilligen Leistungen des Landkreises nur wenige Prozent der fehlenden 40 Millionen ausmachten, der „Rest“ wie Sozialausgaben jedoch kommunale Pflichten seien. Nichtsdestotrotz müsse man irgendwo sparen, da führe bei einem defizitären Haushalt nun mal kein Weg vorbei. Und im Gegensatz zu anderen Sparmaßnahmen, die das Leben im Landkreis nachteilig beeinflussten, aber in Zahlen

kaum zu Buche schlagen, macht die Bedarfsumlage immerhin 1,5 Millionen Euro aus.

Dennoch: Auch in schlechten Zeiten stehe er zu seinem Wort, betonte Landrat Radeck, er sei mit dem Versprechen angetreten, den Landkreis lebenswert und zukunftsfähig zu machen, das gelte weiterhin und da werde er nicht bei den „schwächsten Gliedern“ Kürzungen vornehmen.

Nach einer teils hitzigen Diskussion im Finanzausschuss, bei der SPD und Grüne die fehlende Kommunikation in Bezug auf die geplante Notbremse bemängelten, wurde letztlich einstimmig auf eine Empfehlung zum Haushaltsentwurf verzichtet. Inhaltliche Einigkeit zwischen CDU, SPD/Grünen und FDP/UWG/Ziel bestand darüber, dass die international, national und kommunal unübersichtliche und schwierige Lage ein Zusammenarbeiten aller Demokraten erfordere.

Der Haushaltsplan soll nun in den einzelnen Fraktionen noch einmal diskutiert werden, gleichzeitig versprach die Verwaltung eine zeitnahe Klärung der offenen Fragen.